

soll Wissenschaftlern Informationen über Aufbewahrungsort, Zugangsmöglichkeiten und den Stand der Erschließung der jeweiligen Aktenbestände geben. Die zu errichtende Bundesstiftung sollte anhand dieser Liste Anstöße zur wissenschaftlichen Forschung geben und Forschungsprojekte beratend unterstützen. Eine Vernetzung der Bestände sollte von Bund und Ländern angestrebt werden.

- Bund und Länder sollten im Wege der Gesetzgebung und der Stiftungsaufsicht die Förderung gemeinwohlorientierter Stiftungsaktivitäten insbesondere in den neuen Ländern forcieren. Die Kulturdebatte in der 219. Sitzung des 13. Deutschen Bundestages hat die breite Übereinstimmung der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Fragen der Reform des Stiftungsrechts gezeigt. Der Deutsche Bundestag sollte in der nächsten Legislaturperiode im Zuge einer Reform des Stiftungsrechts auch die Verankerung des Stiftungsgedankens in den neuen Bundesländern stärken.

Gutachten bzw. Expertisen zu diesem Themenbereich: Teil D 1.; Nrn.: 37, 60, 69, 104

Bericht zu diesem Themenbereich: Teil D 2.; Nr.: 36

Öffentliche Kommissionssitzungen speziell zu diesem Themenbereich: Teil D 3.; Nrn.: 17, 48

IX. Das geteilte Deutschland im geteilten Europa

1. Die beiden deutschen Staaten im internationalen System
Sondervotum der Mitglieder der Gruppe der PDS und des Sachverständigen Mocek
2. Historische Erfahrungen und ihre Nachwirkungen
 - 2.1 Zur auswärtigen Politik der beiden deutschen Staaten während der Zeit der Teilung
 - 2.1.1 Außenpolitik unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts
 - 2.1.1.1 Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Polen 1949 – 1989
 - 2.1.1.2 Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt
 - 2.1.2 Beteiligung an multilateraler Entspannungspolitik
 - 2.1.3 Handlungsspielräume der SED/DDR gegenüber der UdSSR
 - 2.2 Politische Repression in der DDR
 - 2.2.1 Politische Verfolgung als Systemelement der SED-Diktatur
 - 2.2.2 Die innerdeutsche Grenze
 - 2.3 Zum gegenseitigen Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland und der DDR
 - 2.3.1 Deutschlandpolitik im Zeichen der Entspannungspolitik
Sondervotum der Mitglieder der Gruppe der PDS und des Sachverständigen Mocek
 - 2.3.2 Die Westarbeit der SED und des MfS
Sondervotum der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachverständigen Kowalczuk
 - 2.3.3 Strafrechtliche Ahndung politisch motivierter Delikte in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Instrumentalisierung durch die SED
Sondervotum der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachverständigen Kowalczuk
 - 2.4 Widerstand und Opposition in der DDR
 - 2.5 Zur deutschen Vereinigung
 - 2.5.1 Vor der Revolution: Die Entwicklungen in Polen und Ungarn
 - 2.5.2 Die Politik der letzten SED-Regierung und ihre Folgen
 - 2.5.3 Der Zwei-plus-Vier-Prozeß
Sondervotum der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachverständigen Kowalczuk
 - 2.5.4 Das neue Verhältnis zu den östlichen Nachbarn am Beispiel Polens
 3. Hypotheken und Aufgaben
Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie der Sachverständigen Burricher, Faulenbach, Gutzeit und Weber
Stellungnahme der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. sowie der Sachverständigen Fricke, Huber, Jacobsen, Maser, Moreau und Wilke zu dem vorstehenden Sondervotum